Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 78 (1984)

Heft: 2

Artikel: "Ohne Opposition verfällt die Schweiz dem sicheren Tode" : Leonhard Ragaz zur Bundesratsbeteiligung der SPS

Autor: Spieler, Willy

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143098

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

«Ohne Opposition verfällt die Schweiz dem sicheren Tode»

Leonhard Ragaz zur Bundesratsbeteiligung der SPS

Die Bundesratsbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist kein «historischer Kompromiss» mit dem politischen Bürgertum, kein Etappenziel auf dem langen Marsch in die «neue Schweiz», diese Bundesratsbeteiligung signalisiert vielmehr das Ende einer ursprünglich sozialistischen Arbeiterbewegung: die historische Kapitulation vor der herrschenden Klasse in der Schweiz. Das ist, auf einen einfachen Nenner gebracht, das Verdikt, mit dem Leonhard Ragaz 1943/44 den ersten SP-Sitz im Bundesrat kommentierte. Das war in den Jahren zuvor die nur allzu berechtigte Sorge, mit der er — selber Sozialdemokrat bis 1935 — die schweizerische Arbeiterbewegung begleitete. Die prophetischen Worte, mit denen der religiöse Sozialist in den «Neuen Wegen» die Sozialdemokratische Partei vor der sich abzeichnenden Konkordanzdemokratie warnte, sind heute wieder von brennender Aktualität.

Emil Klötis erste Nichtwahl: «Niederträchtigkeit» der Bürgerlichen und «äusserst günstige Situation» für die Sozialdemokratie

Als die Vereinigte Bundesversammlung am 12. Dezember 1929 nicht den sozialdemokratischen Kandidaten, Zürichs Stadtpräsidenten Emil Klöti, sondern NZZ-Chefredaktor Albert Meyer wählte, war die Empörung in der Arbeiterschaft und in weiten Teilen der Bevölkerung gross. Ragaz teilte diese Empörung und gab ihr unmissverständlich Ausdruck:

«Kein Wort reicht zu, um die Niederträchtigkeit dieses Verhaltens unserer Bürgerlichen genügend zu kennzeichnen. In einer Zeit, wo Sozialisten das englische Weltreich regieren, zum Heil der Welt, wo Sozialisten die dänische Regierung bilden, in der tschechoslovakischen sehr stark vertreten sind, wo sie in Schweden, Norwegen und Belgien ebenfalls schon Ministerien gebildet haben, in Frankreich eindringlich gebeten worden sind, mitzumachen, wagt man es bei uns, der ganzen einen Hälfte des Volkes (denn die vertritt die Sozialdemokratie) ein Mitglied in der obersten Behörde zu verweigern. Man muss sich der Schweiz in Grund und Boden hinein schämen, man könnte an ihr verzweifeln. Diese Leute sollen noch einmal kommen und heuchlerisch vom 'Klassenkampf' der Sozialdemokratie oder von ihrer 'Diktatur' und dergleichen reden! Wenn in der Sozialdemokratie die schon fast besiegte bolschewisierende Richtung wieder aufkommen sollte, so haben diese bürgerlichen Politikaster die Schuld, diese Bolschewisten des Geldsacks und der Soutane! Eine unter aller Kritik jämmerliche Gesellschaft!» (NW 1929, S. 591/592).

Auf der andern Seite stand die Sozialdemokratie nach Ragaz,

«wenn ihr die Vertretung im Bundesrat verweigert wird, wieder vor einer äusserst günstigen Situation« (NW 1929, S. 591).

Warum? Ragaz verurteilte nicht einfach nur die «Niederträchtigkeit» der Bürgerlichen, sondern er war sich schon damals auch bewusst, dass die Sozialdemokratie einen viel zu hohen Preis für die Bundesratsbeteiligung bezahlen müsste. Zwar hatte

er noch während des Generalstreiks den Forderungen des Oltener Komitees, die ebenfalls «die ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen»[1] enthielten, zugestimmt (vgl. NW 1918, S. 640/641); elf Jahre später aber erkannte er im sozialdemokratischen Drang nach Bundesratssitzen nur noch das Symptom einer «bis auf die Knochen» reformistischen Partei. Ein Monat vor der Bundesratswahl war seine Ironie unüberhörbar:

«*In der Schweiz gibt die Beteiligung der* Sozialdemokratie an der Bundesregierung, *die nun nach dem Rücktritt eines Bundesrates in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist, viel zu reden. Natürlich: Wahlen bilden ja das Element, worin der Schweizer, der bei wichtigeren, namentlich geistigen Dingen, ein Fisch auf dem Trockenen bleibt, sofort lebendig wird. Doch ist nicht zu leugnen, dass es diesmal sich um eine Sache von nicht kleiner, prinzipieller Bedeutung handelt. Die vorbereitenden Instanzen der Sozialdemokratie haben sich mit beträchtlicher Mehrheit* für *die Beteiligung entschieden und wie es scheint wird das Gleiche der Parteitag tun. Das ist selbstverständlich das allein Richtige. Nachdem man in fast allen kantonalen Parlamenten oder auch Regierungen sitzt und trotz der 'Diktatur des Proletariates' in den Statuten und einigem entsprechendem Getue reformistisch bis auf die Knochen geworden ist, wäre etwas Anderes die reinste Komödie. Die Kronprinzfrage, die im Grunde schon lange allein im Wege stand, ist diesmal von vornherein gelöst, da der Kandidat nach altem (zwar verkehrtem) Brauch diesmal ein Zürcher sein muss und hier ein unbestrittener Kandidat in der Person des Stadtpräsidenten Klöti vorhanden ist. Alle Argumente dagegen, die einige 'Unentwegte' noch vorbringen, sind eitel Phrasenwind. Eine Verhinderung der sozialdemokratischen Beteiligung an der Bundesregierung durch die Bürgerlichen aber wäre nicht bloss Torheit, sondern auch Gemeinheit*» (NW 1929, S. 485).

Nach Klötis zweiter Nichtwahl: Jetzt «erst recht brav sein!»

In der zweiten Kandidatur Klöti für die Bundesratswahl vom 15. Dezember 1983 sah Ragaz lediglich

«*den Schlusspunkt zu diesem Fiasko*» (NW 1938, S. 573)

des sozialdemokratischen Reformismus. Was er nicht recht verstehen konnte, war daher die erneute Ablehnung Klötis durch das politische Bürgertum bzw. die «Reaktion»:

«*Zwar wäre die Reaktion weise, wenn sie durch die Zustimmung zu dieser Kandidatur einen Mann in den Bundesrat brächte, den man einen Sozialisten nur noch etwa nennen kann wie ein Pferd einen Löwen, die Ansprüche der Sozialdemokratie scheinbar befriedigte und sie zu noch grösserem Gehorsam verpflichtete, um dann die Türe um so fester zu schliessen. Aber so weise wird sie schwerlich sein*» (NW 1938, S. 573).

Was Ragaz vor allem schmerzte, war die Begründung der Kandidatur Klöti durch die SPS. In einer Erklärung der Fraktion hiess es gar, die Partei habe ihre Verständigungsbereitschaft bewiesen «durch ihre Stellungnahme zur Landesverteidigung, durch ihre Befürwortung des Bundesstrafrechts, durch ihr Einstehen für die provisorische Bundesfinanzreform, durch ihre loyale Mitarbeit in Kantonen und Gemeinden»[2]. Als daher die Bürgerlichen den Zürcher Freisinnigen Ernst Wetter, einen «*ausgesprochenen Vertreter des Grosskapitals*», zu ihrem Bundesratskandidaten nominierten, notierte Ragaz:

«*Der klägliche Bettelbrief der Partei mit der Bitte um den Lohn für alle Bravheit hat nichts geholfen*» (NW 1938, S. 573).

Klöti fiel bei der Bundesratswahl zum zweiten Mal durch. Daraus resultierte jedoch nicht etwa eine Änderung der sozialdemokratischen Anpassungsstrategie an das Bürgertum, sondern das genaue Gegenteil:

«Man hätte allfällig annehmen können, die Sozialdemokratie werde sich besinnen, ob ihre bisherige Politik des Hinstarrens auf den Bundesratssessel und der dadurch bedingten schweifwedelnden patriotisch-bürgerlichen Bravheit nicht eigentlich Fiasko gemacht habe. Es wurden denn auch einige Stimmen dieser Art laut. Aber sie verhallten sofort. Die Drahtzieher jener Politik müssten ja andere sein, als sie sind, wenn sie einer solchen Einsicht und Umkehr fähig sein sollten. 'Im Gegenteil: erst recht brav sein! Man hat ja gesehen, dass man damit beinahe *einen Bundesratssessel erhascht hätte. Wenn wir nun — nach der Anweisung der 'Neuen Zürcher Zeitung' —* noch *bräver sein werden, dann werden wir ihn das nächste Mal sicher bekommen'»* (NW 1939, S. 52).

Die Nationalratswahlen von 1943: «Triumph über die Opposition»

Am 31. Oktober 1943 gelang es der SPS, die Zahl ihrer Nationalratsmandate von 45 auf 56 zu erhöhen. Ragaz analysierte dieses Resultat

«mit gemischten Gefühlen» (NW 1943, S. 537).

Er konnte des «Sieges» nicht froh werden, zu gross war für ihn die Gefahr,

«dass die Sozialdemokratie dieses Ergebnis der Wahlen als eine Bestätigung ihrer verhängnisvollen Politik und einen Triumph über die Opposition betrachtet» (NW 1943, S. 537).

Auch die Bundesratsbeteiligung war nun in greifbare Nähe gerückt, aber wiederum nicht zum Vorteil der Sache der Arbeiterbewegung:

«Die Führer des bisherigen Kurses erblicken offenbar den Hauptgewinn des Sieges darin, dass nun vielleicht endlich die geweihten Hallen sich öffnen, in denen unzugänglich die sieben Götter, Bundesräte genannt, thronen, und vielleicht endlich die leeren Stühle sichtbar werden, auf welche sich setzen zu dürfen so lange das einzige Ziel und Sehnen gewisser 'Führer' war. Dadurch ist ja die ganze Politik, die am 31. Oktober triumphiert haben soll, die längste Zeit bestimmt gewesen» (NW 1943, S. 538).

Mit prophetischem Weitblick sah Ragaz voraus, dass

«auf diesem Wege die Partei noch mehr eine Stütze der bürgerlich-kapitalistischen Welt werde, als sie schon bisher gewesen ist, zum mindesten in den letzten Zeiten. Denn nun ist es ja erreicht, das, was das Ziel des Strebens war. Nun kann man, wenn der Bundesrat gewisse Dinge tut, der Arbeiterschaft sagen: 'Was wollt Ihr — Eure eigenen Vertreter haben ja zugestimmt!' Die Arbeiterschaft wird aber auch durch diese 'Führer' selbst zu dieser Haltung bestimmt und verpflichtet werden. Wir bekommen jenen gouvernementalen Sozialismus, der zu den widerwärtigsten Erscheinungen des politisch-sozialen Lebens gehört und dem echten Sozialismus mehr schadet als alle Feindschaft der Gegner zusammen, seien es Elefanten oder bloss Frösche.

Dass diese Gefahr besteht, *können nur ganz Naive oder ganz Unwissende leugnen. Wir haben sie ja während des letzten halben Jahrhunderts immer wieder sich realisieren sehen, zuletzt auf besonders katastrophale Art in der Haltung der deutschen Sozialdemokratie und neuerdings auch in der der englischen Labour Party, um nur diese wichtigsten Beispiele zu nennen. Wir haben nicht den geringsten Grund, anzunehmen, dass sie sich bei uns nicht realisieren werde... Es wird nun freilich versichert, dass man nicht in den Bundesrat wolle ohne eine 'Sachprogramm', auf das die andern Parteien sich verpflichten müssten. Dieses 'Sachprogramm' darf man sich*

wohl als einen Auschnitt aus dem Gesamtprogramm, das den Namen 'Die Neue Schweiz' trägt, vorstellen. Aber ebenso sicher, als dass die andern Parteien sich nicht *auf ein solches 'Sachprogramm' verpflichten werden, ist, dass man trotzdem in den Bundesrat gehen wird.*

Damit aber droht dem Sozialismus eine tödliche Gefahr. Er verliert durch die angedeutete Entwicklung alle begeisternde Kraft. Denn er verliert seinen revolutionären, auf eine neue Welt (nicht nur eine 'Neue Schweiz') gerichteten Charakter und damit alle Anziehungskraft für hochgemute Seelen, namentlich für die Jugend. Da aber die Entwicklung der Welt und der Völkerstimmung sich höchstwahrscheinlich in dieser radikalen, ja revolutionären Richtung bewegen wird, so gerät dieser, beatus possidens gewordene Sozialismus vollends auf ein totes Geleise.

Damit verliert er auch die Berufung, die er gerade für die heutige Schweiz hätte: eine lebendige Opposition *zu sein. Ohne eine solche Opposition verfällt die Schweiz dem sicheren Tode. Aber ein entmannter Sozialismus kann höchstens die Fiktion einer solchen Opposition darstellen und damit die Entstehung einer echten verhindern. Er wird vielmehr selbst Gegenstand der Opposition der Lebendigsten. Damit aber wird der 'Ruck nach links' zwar einige gute Früchte der Sozialreform bringen, aber im Wesentlichen und Wichtigsten zu einem 'Ruck nach* rechts*' werden und die grosse sozialistische Mission ruinieren. Der Sozialismus wird aufhören auf der politischen Linie die tiefe Hoffnung der Besten zu sein»* (NW 1943, S. 538-540).

Die Wahl von Ernst Nobs: «Zu teuer bezahlt»

Die im selben Jahr erfolgte Wahl des ersten Sozialdemokraten zum Bundesrat veranlasste daher Ragaz zur Warnung vor der

«Gefahr, dass wir uns einbilden, wir hätten mit dieser doch stark an Seldwyla gemahnenden Aktion sozusagen das soziale Problem für unser Volk gelöst, auf 'schweizerische Art', wie das selbstgefällige Stichwort lautet..., wo doch in Wirklichkeit durch den Umstand, dass nun ein im übrigen durchwegs bürgerlich gesinnter Sozialreformer im Bundesrat sitzt, herzlich wenig an der Gesamtlage geändert wird, oder dann nur im Sinne der neuen Beruhigung *nach einer gewissen heilsamen Beunruhigung»* (NW 1943, S. 603/604).

Die ganze Affäre hat einen üblen Geruch bekommen, besonders für die Partei selber, die den Gewinn davon zu haben scheint. Sie hat diesen vielleicht doch zu teuer bezahlt. Wie wir vorausgesagt haben, ist die anfängliche Forderung, dass man nur in den Rat wolle, wenn es zu Zweien geschehen könne und nach der Verständigung über ein 'Sachprogramm', in aller Stille fallengelassen worden. Sie war ja wohl auch bei den Drahtziehern nie ernst gemeint, sondern bloss die in der Partei weithin vorhandene Opposition zur Ruhe bringen. Man hat also mit einem Stück moralischen Ansehens aus dem bescheidenen Vorrat davon, der nach zwei Jahrzehnten einer Politik ohne Charakter noch übrig geblieben ist, bezahlt...

Am wenigsten Freude an dieser Wendung hat ein Teil der sozialdemokratischen Partei, und zwar, wie man wohl sagen darf, vorwiegend die ernstesten und besten ihrer Mitglieder. Zufrieden sind nur jene, deren tiefstes Sehnen war und ist, möglichst rasch und scheinbar ohne direkte Verleugnung des Sozialismus in das Gewand der Bürgerlichkeit schlüpfen zu dürfen, auch wenn sie nicht gerade erwarten dürfen, dafür den Ehrendoktor zu bekommen...

Es ist also zu sagen, dass wir trotz allem Guten, was etwa Herr Nobs als bundesrätlicher Finanzminister und vielleicht auch anderswie leisten mag, mit dieser ganzen Affäre nicht vorwärts, sondern zurück gekommen sind. Wir haben ein Trugbild *gewonnen, das Trugbild einer Art Lösung des sozialen Problems, besonders nach*

seiner politischen Seite hin, ein Trugbild mehr zu allen andern, und werden auch dafür bezahlen müssen» (NW 1944, S. 39-41).

Die Bundesratsbeteiligung der SPS: eine bürgerliche Prämie für das Bekenntnis zur Armee und zum «Arbeitsfrieden»

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung führte Ragaz gegenüber der *«Richtlinienbewegung»*, einer Vereinigung aus Jungbauern, Angestelltenverbänden, evangelischen Arbeitnehmern und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Die «Richtlinienbewegung» stand auf dem Boden der militärischen Landesverteidigung und des sozialen Friedens. Sie trat für eine grosszügige Beschäftigungspolitik des Bundes ein und unterstützte u.a. die «Kriseninitiative» von 1935. Ihr wichtigstes Ziel war die Annäherung zwischen der Arbeiterbewegung und dem Bürgertum, weshalb sie auch die Bundesratsbeteiligung der SPS befürwortete.[4]

Als 1937 am Parteitag der Freisinnigen «Minister» Stucki seinen Parteifreunden die Bundesratsbeteiligung der SPS beliebt machen wollte und das mit der «Bekehrung der Arbeiterschaft zum Patriotismus, zu der Landesverteidigung und der Demokratie» (NW 1937, S. 283) begründete, reagierte Ragaz mit aller Schärfe:

«Die Absicht dieser Taktik ist so klar als möglich. Es soll durch Gewinnung eines Teiles der Arbeiterschaft die bürgerliche Mitte verstärkt, die bürgerlich-kapitalistische Herrschaft gerettet, die sozialistische Arbeiterbewegung aber für immer vernichtet werden. Die ganze tödliche Gefahr der Richtlinienbewegung für den Sozialismus tritt so deutlich hervor, dass jedes Kind sie sehen müsste. Aber die Sozialdemokraten sind eben keine Kinder; sie wollen in den Bundesrat und in allerlei Regierungsräte. Sie erheben keinen Widerspruch, wenn die internationale Verbundenheit des Proletariats als ausgeträumter Traum bezeichnet wird. Sie nehmen es ruhig hin, wenn erklärt wird: 'Der (freisinnige) Parteitag freut sich, dass grosse Kreise unseres Volkes, besonders der Arbeiterschaft, sich heute zu den Grundprinzipien unserer Staatspolitik bekennen, die unsere Partei immer vertreten und hochgehalten hat.' Ja, sie regen sich auf, dass die 'Neue Zürcher Zeitung' und der 'Bund' ihnen nicht um den Hals fallen wollen. Und sie senken demütig das Haupt, wenn man erklärt, die Bekehrung der Arbeiterschaft zu Vaterland und Demokratie sei vielleicht nicht ganz erheuchelt, aber man müsse noch eine Weile auf dem Bussbänklein sitzen... Hat man je eine Bewegung so elend sich selbst verleugnen sehen — aus lauter Angst, Haltlosigkeit und Streberei! Gibt es da wirklich kein Erwachen?

...Kann man sich etwas Unklareres, Gedankenloseres vorstellen als dieses Schlagwort: Konzentration auf die Mitte? *Mitte? Was ist Mitte? Wo liegt sie? Auf diese Frage darf die Richtlinienbewegung keine Antwort geben. Aus guten Gründen.*

Man darf ruhig prophezeihen: Die Richtlinienbewegung wird zu einem raschen grossen Fiasko führen. Wegen ihrer innern Unwahrheit. Da hilft wenig, wenn irgendwo in Bern unter ihrem Zeichen ein Regierungsstatthalter oder am Bodensee ein Gemeinderat gewählt wird» (NW 1937, S. 283/284).

In den Avancen des «Ministers» Stucki sah Ragaz die Versuchung der nachmaligen Konkordanzdemokratie auf die SPS zukommen:

«Die Anerkennung, dass die sozialistische Arbeiterschaft den 'Traum der Internationale' aufgegeben habe, unseren Obersten aus der Hand fresse, fast ebenso demokratisch geworden sei wie die 'Neue Zürcher Zeitung', kurz, sich als bereuender verlorener Sohn zu der 'Politik' und 'Weltanschauung' unserer stark reaktionären, zu zwei Dritteln halb oder ganz faschistisch denkenden, 'freisinnigen' Bourgeoisie zurückgekehrt sei, war ja gar zu beglückend. Welch eine Aussicht auf eine Aufnahme

in die guten Familien (zunächst bildlich verstanden!), und in die Gemeinderäte, Regierungsräte, eidgenössischen Räte, bis zu der schwindelnden Höhe des Bundesratssitzes hinauf!» (NW 1937, S. 338/339).

Völlig unannehmbar war für einen religiösen Sozialisten das Bekenntnis der SPS zur militärischen Landesverteidigung als Vorbedingung für den Eintritt in den Bundesrat. Mit dem Luzerner Parteitag 1935, der eben diesen Kurswechsel in der Militärfrage vornahm, hatte die Sozialdemokratie

«in der Arbeiterschaft den sozialistischen Glauben und den sozialistischen Elan zerstört» (NW 1937, S. 340).

Ragaz erblickte

«in der Wendung, welche die Militärpolitik der Partei nun genommen hat,... einen Verrat des Sozialismus an den bürgerlich-kapitalistischen, bewusst oder unbewusst dem Faschismus dienenden Militarismus ... und einen Beitrag zum Untergang auch der Schweiz, kurz eine Wegwerfung der Erstgeburt an das Linsengericht augenblicklicher, sei's wirklicher, sei's eingebildeter machtpolitischer Vorteile» (NW 1936, S. 21/22).

Ragaz trat nach dem Parteitag 1936 aus der SPS aus, nicht obwohl, sondern weil er Sozialist bleiben wollte:

«Ich glaube überhaupt nicht mehr an die Sozialdemokratie: ich glaube an den Sozialismus, sogar mehr denn je, aber ich glaube nicht mehr an die Sozialdemokratie als seine wesentliche Trägerin» (NW 1936, S. 15).

Die andere Vorbedingung für die Beteiligung der SPS an der Landesregierung war die Aufgabe des Klassenkampfes. Wie sehr nun aber Ragaz für einen echten sozialen Frieden eingetreten wäre, das, was nach dem sogenannten Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie vom 19. Juli 1937 «Arbeitsfrieden» genannt wurde, vermochte ihn nicht zu überzeugen:

«Denn auf dem Boden des Kapitalismus, auch des ein wenig gezähmten, ist ein wirklicher Arbeitsfrieden nicht möglich. Er schafft nicht zwischen Unternehmer und Arbeiter den Boden eines gleichen Rechtes, *auf dem allein jeder Friede ruhen kann, er schafft nicht die Arbeitsdemokratie, welche die Fortführung der politischen Demokratie sein muss. Darum bleibt auf diesem Boden der Gegensatz und muss immer wieder hervorbrechen.*

Auch wer nicht Parteisozialist und überhaupt nicht Sozialist ist, muss das einsehen, wenn er kein Reaktionär, sondern ein überzeugter Demokrat ist. Das zu betonen heisst nicht, den Klassenkampf verherrlichen. Den will auch nicht einmal der Marxismus verherrlichen. Der Anfang des 'Kommunistischen Manifests' schildert ja seine furchtbare Gefahr, *und aller Sozialismus will seine* Überwindung. *Er will bloss die Überwindung durch eine Beseitigung des Kapitalismus, nicht durch einen unehrlichen Kompromissfrieden»* (NW 1944, S. 520).

Konkordanzdemokratie, wie sie der «Richtlinienbewegung» vorschwebte, hätte wohl dem «Arbeitsfrieden» entsprochen, damit aber auch schon das Ende des Sozialismus bedeutet:

«Wenn man sich extra zusammentut, und zwar — notabene! — nicht bloss für einmalige Aktionen, sondern für die Dauer, so bedeutet das ganz selbstverständlich, dass zum mindesten für diese Dauer die Zusammengeschlossenen ihre besonderen Programme und Postulate zurückstellen müssen. Man kann doch nicht z.B. den Klassenkampf proklamieren und mit dem 'Freisinn' zusammenarbeiten. Wer das behauptet, ist entweder gedankenlos oder er betrügt sich selbst und andere. Wenn man nun aber für unbestimmte Zeit den Sozialismus aufgibt, meint man, den nachher wieder holen zu können? Kann man den wie geräuchertes Fleisch in einer Vorrats-

kammer aufbewahren? Ich fürchte, da er nur als lebendiges *Wesen einen Sinn hat, man werde ihn, wenn man ihn wieder holen will, tot finden»* (NW 1937, S. 341).

Bundesratsbeteiligung ja, aber mit überlegenen Persönlichkeiten und unter anderen politischen Voraussetzungen

Leonhard Ragaz war ein grundsätzlicher Gegner des sozialdemokratischen Reformismus und als solcher auch gegen eine Bundesratsbeteiligung durch eine angepasste SPS bzw. durch angepasste Sozialdemokraten. Er war jedoch kein grundsätzlicher Gegner jeder Bundesratsbeteiligung überhaupt. Noch vor der Wahl von Ernst Nobs meinte er:

«Es fällt dem Schreibenden nicht ein, zu leugnen, dass die Partei das volle Recht auf diese Stühle besitzt und dass man es ihr bisher mit grossem Unrecht entzogen hat. Auch wäre nicht unmöglich, dass charaktervolle und überlegene (aber nicht bloss in Schlauheit überlegene) Vertreter der 'Linken' im Bundesrat dort viel Schlimmes verhindern und einiges Gutes durchsetzen könnten» (NW 1943, S. 538).

Eine solche «charaktervolle» und «überlegene» Persönlichkeit sah Ragaz z.B. in Max Weber, der

«einer unserer besten Männer ist, ein Mann von einer Ehrlichkeit, Lauterkeit und Tüchtigkeit, wie man sie selten findet» (NW, 1929, S. 591).

Auch mit diesem Urteil sollte Ragaz Recht bekommen, wie das geradlinige Verhalten des nachmaligen Bundesrates Max Weber zeigte, als er aus einer Abstimmungsniederlage, die ihm das mit gezinkten Konkordanzkarten mitspielende Bürgertum beigebracht hatte, die Konsequenzen zog und 1953 aus dem Bundesrat zurücktrat. Max Weber gehörte tatsächlich nicht zu jenem Typus Bundesrat, der, wie Ragaz in einem anderen Zusammenhang schreibt,

«in der Luft der heutigen Schweiz ... so rasch zur Mumie vertrocknet, dass er ewiges Leben bekommen zu haben scheint» (NW 1944, S. 42).

Aber auch die politischen Voraussetzungen hätten andere sein müssen, um eine sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung zu rechtfertigen. Ragaz hätte einem *«Sachprogramm»*, d.h. einer Koalitionsvereinbarung auf Zeit, vielleicht zugestimmt (vgl. NW 1944, S. 539). Er wäre *«stimmungsmässig* sogar ein Befürworter der *Volkswahl des Bundesrates»* gewesen (vgl. NW 1939, S. 53). Doch nicht diese institutionellen Änderungen allein hätten die sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung als sinnvoll, ja notwendig erscheinen lassen, sondern nur eine erneuerte, eine im besten Sinne revolutionäre Sozialdemokratie.

---

[1] Zit. nach: Schweizerische Arbeiterbewegung, hg. von der Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, Zürich 1975, S. 186.

[2] Zit. nach: Paul Schmid-Ammann, Emil Klöti, Zürich 1965, S. 234.

[3] Ragaz hatte massgeblichen Anteil an der Ablehnung des Beitritts der SPS zur Dritten Internationale in der ersten Urabstimmung der Parteibasis von 1919 (vgl. NW 1919, S. 402ff.). Wenn die NZZ aus dem damaligen Resultat Rückschlüsse auf das Ergebnis einer allfälligen Urabstimmung über den Rückzug der SPS aus dem Bundesrat ziehen möchte (vgl. 28./29. Januar 1984), so übersieht sie, dass es damals gerade auch revolutionäre Kräfte waren, welche die Partei vor einem bürokratischen Staats-, ja Gewaltsozialismus bewahren wollten.

[4] Vgl. Erich Gruner, Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969, S. 100/101.